

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag des C. Mehlhorn Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

### Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeilen oder deren Raum im Bez. 20, außert. 25 f. Red. 3. 80 f. mit Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuschlag Herr u. Ausk. 20 f. Bei groß. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nichterfolgens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Kopfr. wird keine Gewähr übernommen.

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg 1.30. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonst. Vertrieb 1.50 m. Postgebühren. Preise frei. Zeit einer Nummer 10 f.  
In Jahren höh. Gewalt steht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Buchhändler, sowie Agenten u. Auslieferungsbüros entgegen.  
Jahrespreis Nr. 4.  
Hauptstadt Nr. 24  
C. M. Mehlhorn Neuenbürg.

84. Jahrgang.

Montag, den 3. Mai 1926.

101.

### Deutschland.

**Stuttgart, 30. April.** Der Finanzausschuss legte heute die Beratung über das Volksbegehren vor. Ein Redner des Zentrums äußerte sich zur Frage der Lehrerbildung. Die neuen Schulpläne seien gut. Er wünscht Ruhe und Stetigkeit in der Schularbeit und ist gegen Förderungs- und Ausbaupläne. Das Schulplangesetz soll nicht ewig gelten. Er äußert sich in grundsätzlicher Weise gegen die Reformen. Gegen die allgemeine Einführung des achten Schuljahres trägt er erhebliche Bedenken. Ein weiterer Zentrumsredner wünscht Berücksichtigung der Gemeinden gewöhnlicher Staatsbeiträge zu den Lehrerbildungen und zu Schulhausbauten. Ein demokratischer Redner verlangt Abbau der privaten Grundschulklasse und legt sich für Beibehaltung der Volksschule ein. Für die Volksschulbildung sei die Hochschulreife als Vorbedingung zu fordern. Diese Frage sei bis 1927 zu lösen. Ein Redner des Bürgerbundes bemängelt vom Standpunkt der Gewerbeschulen die Leistungen der Volksschule, insbesondere im Rechnen und Schreiben. Staatspräsident Bazille erklärt, daß er an einer Aufkündigung über die Lehrerbildung festhalte, besonders auch unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Lage. Das Wahlrecht für die Lehrstellen werde eingeschränkt werden müssen. Min. Stat. Dr. Köhler erklärt, daß der Grundschulplan ihn beschränke. Von der vierten Grundschulklasse seien 1000 in die höheren Schulen übergetreten, von der dritten Klasse etwas über 200. Übertragungszeit Schanz gibt Auskunft über die Aufnahme in die Seminare und behandelt die Stellung der Lehrerbildner. Die Junglehrerliste werde eine ernste Sorge der Schulverwaltung. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, die Zahl der bisher ruhenden Lehrstellen an den Volksschulen über die im Etat vorgesehenen 40 Stellen hinaus wieder zu heben, die Zahl der hängigen Stellen zu vermehren, angenommen, desgleichen ein Antrag, die Zahl der planmäßiger und außerplanmäßiger Lehrstellen fortzuschreiten zu vermehren, eine als notwendig anerkannte Uebererschreitung der vorgesehenen Stellvertreterkosten für erkrankte Lehrer nicht zu beanstanden und die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer auf das frühere Maß zurückzuführen. Dagegen wurde abgelehnt ein Antrag Schumann, im Lehrplan für die Volksschulen Fächer- oder Aufbaufächer vorzuziehen, durch die auch begabte Volksschüler ohne erheblichen Aufwand die Erlangung des Zeugnisses der mittleren Reife ermöglicht wird. Weiter abgelehnt wurde ein Antrag, eine Veränderung des Schulplangesetzes zu erwägen mit dem Ziele, die schrittweise Uebernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat in die Wege zu leiten. Au Kap. 22 Akademie der bildenden Künste, äußert sich der Vertriebsleiter Dr. Müller günstig über den Stand der Akademie. Der Staatspräsident erklärt, daß durch die neuesten Maßregeln der Akademie ihre Lebensfähigkeit juristisch gesichert worden sei. Ein Zentrumsredner verweist auf den ausgezeichneten Erfolg der Holzschnittausstellung der Schülerklasse von Frau Prof. Min. Kat. Frey erklärt, daß die Zusammenlegung der Akademie mit der Kunstgewerbeschule jetzt nicht in Frage stehe. Kap. 23 Kunstgewerbeschule, und Kap. 24 Landesanstalten, werden angenommen, ebenso nach längerer Aussprache Kap. 25 Landesamt für Denkmalpflege. Kap. 26, Nationalbibliothek, wird ohne Widerspruch angenommen.

**Stuttgart, 1. Mai.** Im Druck erschienen ist der Entwurf einer Gerichtsreformordnung, der die auf diesem Gebiet geltenden Bestimmungen in neuer Bearbeitung wieder zusammenfaßt. Der Entwurf führt die Unterscheidung zwischen Geschäften und Auslagen scharf durch und ist auf dieser Unterscheidung aufgebaut. Das System des Einheitsdarlehs, das erst nach dem 1. Dezember 1925 eingeführt wurde, hat sich bewährt. Auch der Entwurf beruht auf diesem System und führt dessen Eingliederung in die Gebührenschriften durch. Die Praxis wurde weitgehend zur Mitarbeit an dem Gesetz herangezogen und ihre Erfahrungen wurden verwertet. Eine möglichst Vereinfachung der Gebührenschriften wurde erreicht, um ihre Handhabung in der Praxis zu erleichtern.

**Stuttgart, 1. Mai.** Dem Landesverband der Wirt. Württemberg sind in letzter Zeit von seinen Bezirksvereinen eine ganze Reihe Klagen über Auswüchse in den Wirtschaften zu Teilen gekommen. Die Klagen gingen hauptsächlich dahin, daß die Wirtschaften zu vollständigen Wirtschaftsbetrieben anwachsen, in denen Betriebsräten, Konzerte und sonstige Veranstaltungen abgehalten werden. Um diese Auswüchse einen Riegel vorzuschieben, hat der Verband sich beim Bundesrat und dem Reichsministerium gewendet. Auf die Beschwerde des Verbandes erklärt sich das Reichsministerium bereit, nachweisbare Auswüchse des den Wirtschaften zugehörigen Auswüchses zu unterbinden. Der Entwurf des Bundesverbandes wird in der Richtung zugestimmt, daß die Ausübung des Auswüchses der Wirtschaften sich nicht zu einem rechtlichen Wirtschaftsbetrieb entwickeln darf.

**Stuttgart, 1. Mai.** In der Plenarsitzung des Reichstages vom 30. April wurde eine Entschließung des Abg. Widess (D. Fr.) über die Reichsregierung zu erlassen, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die bis zum Jahre 1922 gewährte Jahresschuldenermäßigung für das Personal der freien Krankenpflege insbesondere auch die Veranlassung für die Angehörigen der freien Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz bei Saboten zu gemeinsamen Übungen wiederhergestellt werde, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten angenommen.

**Stuttgart, 1. Mai.** Der Landesverband württ. Amtsförderer haben in einer Ausschußsitzung beschlossen, dem Ministerium des Innern vorzuschlagen, die Eingangsstellen der Berufsvereinigungen in die Gruppe 7 aufzunehmen und die Berücksichtigung in Gruppe 8 zu ermöglichen. Ferner wird das Ministerium gebeten, den in Aussicht gestellten Erlaß betr. die Eingangsstellen der Straßenschweller zwecks Verbilligung gemeinsam zu beschließen, wurde abgelehnt.

**Stuttgart, 1. Mai.** Zur Feier des 1. Mai veranstalteten die Gewerkschaften heute einen großen Umzug durch die Stadt. Da die Fabriken geschlossen waren und auch sonst vielfach nicht gearbeitet wurde, bildete sich um 8 Uhr vormittags in der Deutscherstraße ein außerordentlich großer Haufen, der nach den einzelnen Gewerkschaften geteilt und mit Musikfahnen, Fahnen und den üblichen Plakaten ausgerüstet war. Der Zug bewegte sich dann durch mehrere Straßen der Stadt unter Abklingen von Liedern und Hymnen auf die Internationale und dergl. mehr. Schließlich bewegte sich der Zug die Hohenheimerstraße hinauf zum Freiheitsdenkmal. Der Straßendemonstration wurde in diesem Jahr nicht eingestellt. Ein größeres Polizeiaufgebot sorgte dafür, daß der Umzug den Verkehr nicht allzu sehr benetzte.

**Karlsruhe, 1. Mai.** Der badische Finanzminister Köhler teilte in der Sitzung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags mit, daß die badische Regierung sich in einem heftigen Kampf mit der Reichsbahnverwaltung befindet, weil diese zunächst die Linie München-Stuttgart, danach die Berliner Vorortbahnen und schließlich die Linie und dann erst die badische Mittelbahn elektrifizieren will, während Baden verlangt, daß in erster Linie die Elektrifizierung der Rheintalbahn im Angriff genommen werde. Für den Fall, daß hiermit überhaupt bis zum Frühjahr 1927 begonnen würde, hat die badische Regierung der Reichsbahn eine Beteiligung an dem badischen Kraftwerk angeboten. Wenn die Bedingung der Elektrifizierung der badischen Linie nicht erfüllt wird, kommt eine Beteiligung der Reichsbahn an dem Kraftwerk nicht in Frage. Die Kosten für den Ausbau der badischen Hauptbahn werden, wie der Minister mitteilte, auf 50 Millionen Mark geschätzt.

**Sigmaringen, 1. Mai.** Der Landesrat in Sigmaringen erklärte sich einstimmig mit der Ernennung des Regierungspräsidenten Scherer in Wiesbaden zum Regierungspräsidenten in Sigmaringen einverstanden.

**Bingen, 1. Mai.** Die englische Besatzung beabsichtigt, ihre Truppen in Bingen um weitere 80 Mann zu verkleinern und hat die Stadtverwaltung um Abgabe geeigneter Unterkunftsräume ersucht. Dagegen wird auf einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung scharfer Einspruch bei den maßgebenden Stellen erhoben werden.

### Evangelischer Landeskirchenrat 1.

**Stuttgart, 30. April.** Am Donnerstag vormittag trat der Landeskirchenrat in die Beratung der Deckungsmittel des landeskirchlichen Haushalts für 1926 und 1927 ein. Beim Kapitel „Kirchliche Besoldungsstellen“ wird dessen vom Staat eingeschätzte Summe von je 200 000 Mk. genehmigt. Abg. Seifert spricht für mögliche Vermehrung des Besoldungspersonals der Kirchenleitungen zwischen Kirche und Gemeinden. Abg. Bauer bittet die Kirchenleitung, dem Wunsch der bürgerlichen Gemeinden nach Ablösung ihrer Leistungen an die Kirche entgegenzukommen. Abg. Bauer, den Kirchengemeinden Erleichterung ihrer Lasten an die kirchliche Besoldungsstellen zu gewähren. Oberkirchenrat Dr. Schaffner sagt bedürftigen Kirchengemeinden den Verzicht auf 1. April ab zu. Bezüglich der Ablosungsfrage sei für die bürgerlichen Gemeinden am besten eine freiwillige Vereinbarung mit der Kirchenleitung, was die jederzeit betriebl. Dem Betrag der „Staatsleistungen“ mit je 7 078 200 Mk. für 1926 und 1927 wird zugestimmt. Mit der Annahme des Kapitels „Sonstiges“ mit je 261 645 Mk. schließt die Beratung der Einzelpläne des Haushalts ab. Der Landeskirchenrat wandte sich sodann der Beratung des kirchlichen Gehalts über den landeskirchlichen Haushaltsplan für 1926 und 1927 zu. Nach dem Bericht des Abg. Darnstein hat der Wirtschaftsausschuß den Bedarf auf 10 742 500 Mk. für 1926, auf 10 787 000 Mk. für 1927, die Deckungsmittel auf 10 316 038 Mk. je für die beiden Planjahre festgelegt, auf beiden Seiten somit eine Verabreichung von je 400 000 Mk. vorgenommen. Erhöhen wird wiederum eine Kirchensteuer sowie ein Zuschlag von 7 % zur Vermögenssteuer 1925. Die 25 Steuerklassen des Jahres 1925 sind im Entwurf auf 40, vom Wirtschaftsausschuß auf 30 erhöht. Inwieweit gelegt wird wie im Vorjahr bei Beamten die Besoldungsgruppen, für die übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger eine Erhöhung ihres Einkommens von 1925; Steuerpflichtigen mit Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sollen wiederum nach dem Grundbesitzkapital (bei Pacht mit 60 % Prozent), die übrigen Gruppen nach ihrer Einkommenssteuerbelastung von 1925 eingeteilt werden. Die schon im Entwurf vorgesehene Senkung der Kirchensteuer wurde vom Wirtschaftsausschuß teilweise noch verhärtet.

Bei der Beratung über das Vermögensgesetz waren sehr bemerkenswert die Ausführungen eines Finanzfachverständigen, des Abg. Ministerialrat Dr. Fischer. Er bedauerte, daß der Landeskirchenrat kein anderer Weg als der einer Steuererhebung zur Deckung ihres Bedarfs offen habe, jedoch sei der vorliegende Steuertarif unter den obwaltenden Verhältnissen die beste Möglichkeit. Die sicherere Grundlage, die durch die neue Reichseinkommensteuer und die bei der letzten Jahres Kirchensteuer gemachten Erhebungen gegeben sei, sowie die vorgeschlagene Steuererhebung, die bis zur äußersten Grenze gebe, entspreche den vielfachen Beschwerden gegen die Kirchensteuer möglichst den Hohen. Abg. Braun als Landwirt weist auf die Notlage der Landwirtschaft hin und begründet es, daß für die Landwirtschaft an Stelle der Einkommensteuer der Grundsteuerersatz zugrunde gelegt werden solle. Zum Steuertarif der Kirchengemeinden begründet Abg. Schnauffer einen von mehreren anderen Abgeordneten unterzeichneten Antrag, wonach das Grundbesitzkapital bei Einkommen, das letztes Jahr wegen des Festbetrages 1924 nur mit 50 Prozent zur Kirchensteuer beansprucht war, nunmehr nicht mit 100 Prozent, wie der Entwurf will, sondern nur mit 75 Prozent herangezogen werden soll, damit die unangenehme Erhöhung in maßigeren Grenzen bleibe. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem mehrere Abgeordnete, darunter auch solche aus Weinbaubezirken, sich gegen ihn gewendet und Kirchenrat Köhler darauf hingewiesen hatte, daß der Durchschnittsertrag der Weinbaufläche von 565 Mk. i. J.

1924 auf 1400 Mk. i. J. 1925 gestiegen sei; besonders ungünstig gestellten Gemeinden könne man entgegenkommen. In den Bestimmungen über Steuerermäßigung wird ein Antrag Köhler, Satz II angenommen, wonach bei Kinderreichen und Erwerbsbeschränkten Steuerermäßigung auf Antrag eintritt, jedoch auch ohne Antrag gewährt werden kann, und zwar bei einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 25 Proz. infolge Kriegs- oder Unfallschädigung im vollen Maß der Erwerbsbeschränkung, bei Kinderreichen der Stufen 1-12 mit 3 oder 4 Kindern nicht über 17 Jahren um 20 Proz., mit 5 oder 6 Kindern um 30 Proz., mit mehr als 6 Kindern um 40 Proz.

Der Steuertarif wird nach den Anträgen des Wirtschaftsausschusses angenommen und der Kirchensteuerertrag auf je 2 645 000 Mk. in beiden Rechnungsjahren festgelegt, sodann das ganze Haushaltsgesetz in beiden Lesungen und bei der namentlichen Schlussabstimmung einstimmig angenommen. Zum Schluss dankte Kirchenpräsident D. Dr. v. Reitz dem Landeskirchenrat für seine Arbeit und hob hervor, daß durch die gemeinsame Entziehung der Kirchensteuer im ganzen Land das Bewußtsein gemeinsamen Besitzes und gemeinsamer Verpflichtung gestärkt werde. Die Kirchensteuer solle jedoch in den Gemeinden nicht ohne Vorbereitung der Kirchengenossen eingehoben werden. In einigen Wochen wird der Landeskirchenrat auf neue Zusammenkünfte, um Vorlesungen zur Konfirmation, Abendmahlsfeier und Sprach- und Liederbuch zu behandeln.

### Ermäßigung der Vorkurssteuer.

**Berlin, 1. Mai.** Durch Verordnung vom 29. April hat die Reichsregierung die Vorkurssteuer für Ankaufsgeschäfte über Aktien und andere Anteile mit Wirkung vom 3. Mai erheblich ermäßigt. Es betragen die Steuern bei Geschäften in Anleihen des Reiches, der Länder usw. bei Händler 0,02 Proz., für die übrigen Geschäfte 0,04 Proz. Bei Obligationen inländischer Grund-, Kredit- und Depositenbanken, Siedlungsvereinigungen usw. 0,03 Proz. bzw. 0,06 Proz., bei den übrigen Schuld- und Rentenverpflichtungen 0,05 bzw. 0,10 Prozent, bei Aktien, Genossenschaften und Bezugsrechten 0,075 Proz. bzw. 0,15 Proz. Der Umsatzsteuer für Aktien ermäßigt sich auf 0,0375 Proz. für Vorkursverkaufsgeschäfte.

### Waiserei in Berlin.

**Berlin, 1. Mai.** Die Berliner Waisereien vollzogen sich heute vormittag in dem üblichen Rahmen. Die freien Gewerkschaften veranstalteten in zahlreichen Sälen Versammlungen, zu denen sich die Teilnehmer in geschlossenen Zügen unter Mitführung von Musikkapellen und roten Fahnen begaben. Alle Verkehrsunternehmen waren in vollem Umfange in Betrieb. Bemerkbar machte sich die Arbeitsruhe des 1. Mai nur in der Industrie, obgleich hier die Beteiligung an den Waisereien durchaus nicht einseitig war. Während in manchen Betrieben, beispielsweise bei der A.G.W., durchschnittlich 90 Prozent der Belegschaft feierten, wurde in anderen Betrieben in verhältnismäßig hartem Umfang die Arbeit aufrecht erhalten. So waren bei Anort-Bremse heute früh 65 Prozent der Arbeiterbesatz erschienen. Die Siemens-Werke arbeiteten in vollem Umfang, die Bergmannwerke mit annähernd 50 Prozent der Belegschaft. In den Werkstätten der Reichsbahn herrschte zum großen Teil Arbeitsruhe. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen. — Was Leipzig und München wird ruhiger Verlauf der Waisereien gemeldet.

### Ausland.

**Strasbourg, 1. U. 29. April.** Wie die sozialistische „Freie Presse“ dem Geschäftsbericht der Verlagsgesellschaft des „Journal de l'Est“ entnimmt, hat dieses französisch-nationalistische Blatt im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Nettobetrag von 750 000 Franken abgeschlossen. Trotz der damit erzielten geringen Verbreitung führt das Blatt selbstverständlich fort, seinen Charakter als die wahre Meinung des elch-löth-ringischen Volkes bei allen, die darauf bereit sind, zu verteidigen.

**Paris, 1. Mai.** Der „Avenir“ stellt als Tatsache fest, daß keine schriftliche Klage über den deutsch-russischen Vertrag nach Berlin gerichtet wird.

**Rom, 1. Mai.** Mit der Einschränkung des Geldausgaberechtes für die Banca d'Italia soll das ganze internationale Papiergeld eine Restrukturierung erhalten. Die neuen Scheine werden den Kauf Russolinas als Wasserzeichen tragen.

### Ultimative Freil für Abd el Krim.

**Paris, 1. Mai.** Ueber die gestern spät abends gehaltene Sitzung der französischen und spanischen Delegierten mit der Missdelegation in Paris noch nichts bekannt. Bei den Franzosen besteht die Absicht, wenn die gestrige Abendbesprechung nicht zum Ziel geführt haben sollte, den Rücktritt drei Tage vor der Rückreise ins Heimatland und zur Rückfrage mit Abd el Krim zu geben. Innerhalb dieser drei Tage müßten sie in entscheidender Form mitteilen, ob sie die Friedensbedingungen annehmen wollen. Bleibe eine solche Erklärung aus, so würden dann automatisch die militärischen Operationen wieder einsetzen, für die das Oberkommando den Plan ausgearbeitet habe.

### Verhängung des Ausnahmezustandes.

**London, 1. Mai.** Amlich wird gemeldet, daß keine Regelung in der Kohlenkrise erreicht worden ist. Der Abbruch der Verhandlungen wurde dadurch herbeigeführt, daß sich die Bergarbeiter weigerten, während der Reorganisation der Industrie verminderte Löhne anzunehmen. Der Streik, den die Regierung schon seit einigen Monaten für unvermeidlich hielt, hat am Mittwoch begonnen. Der Ausperrungsbeschluss der englischen Grubenbesitzer gegenüber den Bergarbeitern wurde am Mittwoch verhängt. Durch königliche Proklamation ist in England der Ausnahmezustand verhängt worden. Ueber die Lage im Bergbau wird gemeldet: Die Arbeit ist auf allen Gruben eingestellt worden. Dagegen werden mit Genehmigung der Bergarbeiter-Gewerkschaften die Kohlenarbeiten



Wittenseller, Dr. Albrecht, 1. Mal. (Unfall.) In überaus tragischer Weise prangte ein hiesiges 15-jähriges Mädchen. Es war...

Baden. Wehrheim, 1. Mal. Die vom Reichsnationalen Bundeskongress...

Wittenseller, Dr. Albrecht, 1. Mal. (Unfall.) In überaus tragischer Weise prangte ein hiesiges 15-jähriges Mädchen. Es war...

Cerebro. Die Befahrung wird vom Erzbischof Ederblom vorgenommen. Teilweise ist das Ellen Roy bestimmt, das ihr...

Handel und Verkehr. Stuttgart, 1. Mal. (Kauf- und Verkaufsmarkt.) Handel...

Neueste Nachrichten. Gernsheim, 1. Mal. (Todesfall.) Todesfall der nationalsozialistischen Partei...

Berlin, 2. Mal. Die dreihundert amerikanischen Studenten sind heute abend im Sommer...

lungen, fünf Räume für die Aktenabgabe im neuen Schloss zu bekommen. Ministerialrat Frey machte nähere Mitteilungen über die...

Stettin, 1. Mal. Die Kollisionsfälle nach den Taten, die in der Nacht zum 1. Mal den Arbeiter Schlegel auf dem...

Stettin, 1. Mal. Die Kollisionsfälle nach den Taten, die in der Nacht zum 1. Mal den Arbeiter Schlegel auf dem...

Vermischtes. Mordverbrechen wegen Mordverbrechen. Das Schwurgericht...

Württembergischer Landtag. Stuttgart, 1. Mal. Der Landtag hat heute in seiner heutigen Sitzung...

Advertisement for 'Für richtigen Behandlung der Wäsche' (For the correct treatment of laundry) featuring 'Dr. Thompson's Seifenpulver' (Dr. Thompson's Soap Powder). The ad includes an illustration of a woman washing clothes and text describing the benefits of the product.

Schweren Zeit gewiß grundlegend geändert. An Stelle der Bündnispolitik trat die Politik der Neutralität und der Schiedsgerichte. Geblieben aber ist das elementare Bedürfnis nach freundschaftlichen Beziehungen zu dem großen russischen Volk. Deshalb also die Unruhe, die ungewissheit in den letzten Tagen in der öffentlichen Meinung verschiedener fremder Länder sich wachsend zeigt? Eine Frontstellung gegenüber Rußland dürfte bei den leitenden Staatsmännern der anderen Länder kaum vorhanden sein. Das Verhältnis der Vorkonferenzen zu Rußland ist Gegenstand ausführlicher Diskussionen in Locarno gewesen. Die Staatsmänner der Vorkonferenzen haben sich entschieden dagegen gewendet, irgendeine einseitig gegen Rußland eingestellte zu sein. Vielleicht hat Rußland früher selbst zu der heutigen öffentlichen Weltmeinung beigetragen, weil es eine Festsitzung mit der Ratifikation, die ihm eigen ist, den Gedanken vertrat, Locarno richte sich gegen Rußland. Inzwischen aber war nach Locarno Tätigkeit bei Briand. Inzwischen ist weiter über die Beteiligung europäischen Kapitals in Sowjetrußland verhandelt worden. Nach unserer deutschen Auffassung sind alle Mächte interessiert an dem Wiederaufstieg der russischen Volkswirtschaft.

Im den Berliner Vertrag zu diskreditieren, münfeln einige Leute von Geheimabkommen, die mit ihm verbunden seien. Man fragt, warum denn der Rapallovertrag als Grundlage für den Berliner Vertrag gewählt sei, er sei doch eine zu schmale Basis für einen Vertrag von dieser Bedeutung und Ausdehnung. Für uns war der Rapallovertrag bedeutungsvoll, weil mit ihm Rußland aus dem Kreis der Länder ausstieg, die Forderungen aus dem Weltkrieg der gegen uns geltend machten. Im übrigen war es logisch für uns, vom Rapallovertrag auszugehen. Dürfte man den Berliner Vertrag ohne Bezug auf den Rapallovertrag abschließen, so würde man gefragt haben, was nun aus Rapallo würde. Beide Verträge hätten nebeneinander bestanden, aber es hätte an den verbindenden Ideen gefehlt. Im übrigen sind Verträge bedeutungsvoller durch den Geist, in dem sie geschlossen werden, als durch ihren Wortlaut. Rapallo war der Logik freundschaftlichen Lebens, einanderlebend beider Nationen in einer Zeit, in der Deutschland außenpolitisch von anderen fortgesetzt unterdrückt wurde. Die deutsche Politik ging eine bestimmte Linie. Sie hat das Ziel verfolgt, aus der Gewalt des Versailler Vertrags zu einem Nebeneinanderleben mit den Mächten des Versailler Friedens zu kommen. Sie hat versucht, die Verständigung zu diesen Mächten auf dem Wege des Friedens und auf dem möglichen späteren Freundschaft zu suchen, statt auf dem Wege neuer Gewalt und der Bedrohung. Deshalb hat die deutsche Regierung jene Politik geführt, die vom Ausbruch und der Sanktionspolitik in der Londoner Konferenz bis zu dem Dawesabkommen und nach Locarno führte. Rußland hat seinerzeit diese deutsche Politik mit Mißtrauen angesehen. So unbedeutend dieses Mißtrauen war, so unbedeutend sind heute die Vorurteile in der öffentlichen Meinung verschiedener Mächte. Man stellt die Frage, ob die Leiter der heutigen deutschen Regierungspolitik das Werk von Locarno aufgeben oder zerstören wollten. Es gibt keine Frage, die so unbegründet ist wie diese. Der Name der deutschen Staatsmänner, welche die Locarnopolitik inaugurierten, ist mit diesem Werk mindestens so stark verbunden, wie der Name irgend eines anderen Staatsmannes auf der Gegenseite. Die Initiative zu dieser Politik ist von Berlin ausgegangen und nicht von irgend einer anderen Macht inspiriert worden. Sie hat erst langsam zähe Widerstände in manchen Kreisen außerhalb Deutschlands überwinden müssen, die uns heute imputieren, daß wir unser eigenes Werk gefährden wollten. Locarno und der Berliner Vertrag sind nicht Gegenstände, sondern gehören zusammen. Beide zusammen aber geben Europa die Gewähr friedlicher Entwicklung. Locarno war Ersetzung der Methoden Boisrads durch die Methoden friedlicher Verständigung, war, insbesondere der gegenseitige Verzicht auf den Kampf zwischen Frankreich und Deutschland. Sein Sinn war durch den Verzicht auf den Kampf den Frieden am Rhein zu festigen. Seine zukünftige Ausgestaltung war gerichtet nicht nur auf Verständigung, sondern auf Zusammenwirken der be-

teiligten Mächte, namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Trotz Rotterfüllung und Einziehung mancher zugezogener Erleichterungen, wie beispielsweise in der Frage der Truppenverminderung im besetzten Gebiet hat sich schon bisher der Anhang mancher neuen Entwicklung in den Verhältnissen der beteiligten Staaten gezeigt. Der voranschreitend bald erfolgende Abschluß der Luftfahrtverhandlungen kann trotz mancher Bestimmungen, die aus der Hysterie gegenüber angeblichen militärischen Bedrohungen durch Deutschland entstehen, eine weitere Annäherung bringen. Der Weg, der nach Locarno führte, war nach der Auffassung der Reichsregierung richtig. Die Erweiterung der deutschen Anregungen, die Aufforderung zu Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, ging von der Gegenseite aus. Das deutsche Memorandum sah diesen Eintritt nicht vor, es waren die anderen Mächte, die glaubten, nur unter dem Dach des Völkerbundes seien die Vorkonferenzen möglich. Von der Gegenseite wünschte man die Mitwirkung Deutschlands am Völkerbund. Sein Eintritt scheiterte an der unzureichenden Vorbereitung der Genfer Konferenz, sie scheiterte weiter an Versprechungen, die für die völlige Umgestaltung des Völkerbundes offen, und dadurch die Regelung des Eintritts Deutschlands unabhängig von dieser Erweiterung unmöglich machten. Dafür Deutschland verantwortlich machen zu wollen, ist absurd. Kein Vorkonferenzen als Briand hat anerkannt, daß die deutschen Unterhändler trotz schwerer psychologischer Belastung die Entscheidung annahmen. Jetzt ist gewiß ein Umsturz in der Stimmung bemerkbar. Das liegt aber weniger an dem Berliner Vertrag als an sich, wie an dem wiedererlebenden Mißtrauen, zu dem ein Grund nicht vorhanden ist. Er ist auch nicht im Vertrag selbst zu finden, da der Vertrag mit den Satzungen des Völkerbundes und mit dem Vorkonferenzvertrag durchaus in Einklang zu bringen ist. Man mußte in manchen Zeitungen des Auslandes zu Fälschungen des Textes greifen, um einen anderen Eindruck hervorzurufen, oder aber man mußte sich auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland nicht dieselben Rechte habe wie andere Völker, denn das wollte die Kritik, die beanstandet, daß Deutschland durch diesen Vertrag selbst entscheiden wolle, ob es gegebenenfalls eine Entscheidung des Völkerbundes, ob ein Staat als Angreifer zu bezeichnen sei oder nicht, annehme. Dieses freie Entscheidungsrecht ist seit dem Bestehen des Völkerbundes als zweifellos Grundrecht anerkannt worden, es steht also auch Deutschland zu. Niemand wird Deutschland zumuten, daß es seine Entscheidung anders als nach bestem Wissen und Gewissen trifft. Man hat die Veröffentlichung des dritten Punktes meiner Note an Kreiskind, der sich auf die Frage bezieht, als Junismus bezeichnet. Wenn man kritisieren will, könnte man diese Darlegung des Punktes 3 der Note höchstens als übertriebene deutsche Ehrlichkeit bezeichnen. Wollte Deutschland hinter dem Rücken anderer Mächte irgend etwas tun, was den Völkerbundsbeziehungen widerspricht, so hätte es seine Stellung nicht so frei und offen darzulegen brauchen. Brasilien hat von seinem Recht des Vetos beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch gemacht. Schweden hat auch schon vor der Tagung erklärt, daß es seine Stimme gegen jede Veränderung des Statutes abgeben würde. Warum soll Deutschland auf dieses Recht verzichten? Nimmt sich vielleicht das Mißtrauen dagegen, daß in dem Vertrag die Neutralität zwischen Sowjetrußland und Deutschland ausgemacht wird? Diese Neutralität ist die Grundlage der Völkerbundsbeziehungen. Letzten Endes erwies sich, daß man die Kritik im Ausland wesentlich ausgeht von der Ueberzeugung über die selbständige Politik, die Deutschland mit diesem Schritt offenbart. Aber die Politik, die nach Locarno führte, war auch selbständige deutsche Politik. (Schluß folgt.)

#### Das Genfer Ergebnis.

Genf, 2. Mai. In der öffentlichen Vermittlung am Samstag wurden die Ausschüsse in der vorgeschriebenen Art gebildet und das Völkerbundssekretariat mit der weiteren Ausarbeitung des Programms für die nächste Tagung der Wirtschaftskommission betraut, die vermutlich im Oktober stattfinden soll. Der Besühende Themas hob in

einer kurzen Ansprache hervor, daß die nächste Tagung der Wirtschaftskommission auf ebenso große Schwierigkeiten stoßen würde, wie es bisher schon der Fall gewesen sei, doch bilde er mit Zustimmung in die Zukunft, so sehr er das bisherige Ergebnis auch bedaure. Nach Abschluß der Beratungen empfing die deutsche Delegation in Genf wachsende deutsche Presse und gab einen kurzen Überblick über die Arbeiten und Aussichten der Konferenz. Staatsminister Tredelenburg legte die beiden Hauptthesen dar, die gleich zu Beginn der Beratungen deutlich hervortraten. Die Franzosen erwarteten die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von einer internationalen Kartellierung der Weltwirtschaft, während die Engländer Zollfragen in den Vordergrund stellten. Die vorbereitenden Arbeiten werden vom Völkerbundssekretariat und seinen Organisationen erledigt werden, vor allem durch Beschaffung von statistischen Material. In den drei Ausschüssen, die eingesetzt wurden, werde der deutsche Einfluß ausreichend zur Geltung kommen.

#### England vor dem Generalkongress.

London, 2. Mai. Heute abend um 7 Uhr fand in der Dienstwohnung Baldwin in der Downingstreet, die von einer großen Menschenmenge umlagert ist, die Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks und zur Verhängung der für Dienstag morgen angekündigten Generalkonferenz wieder begonnen worden, nachdem gestern Nacht in einer dreistündigen Unterredung zwischen Baldwin und einigen Gewerkschaftsführern, sowie in zwei Rabinettbesprechungen am heutigen Tage und in Unterredungen zwischen MacDonald und Rabinettmitgliedern eine Basis für neue Verhandlungen gefunden zu sein schien. Es wurde also wiederum Fühlung zwischen der Regierung und dem Generalkongress der Gewerkschaften hergestellt, die nicht nur von den an dem Streikbetroffenen beteiligten Gewerkschaften, sondern auch von den Bergarbeitern begrüßt wird. Jedenfalls ist die Lage noch völlig unübersichtlich. Die Minister und Optimisten sind im Lager der Regierung und im Lager der Arbeiterpartei zu finden, aber keine Partei, die in verantwortlicher Stellung an den Verhandlungen beteiligt ist, mag es auch nur in schärfster Form, eine Klärung über den Ausgang der Krise zu machen.

London, 3. Mai. Im Abgeordnetentag gestern haben die Vollzugsgruppen von Sozialisten und Kommunisten, die in ein Handgemenge miteinander gerieten. Verhandlungen wurden nicht vorgenommen. Bei dem geistigen Umzug in London aus Anlaß der Waiserei griff ein Trupp Männer, die die Sozialisten gehalten werden, eine Arbeiterschaft an. Es wurde wüthete sich eine Schlägerei, bei der mehrere Verletzte zu sehen waren, jedoch keine davon schwer. Zwei Verletzte wurden vorgenommen.

#### Verklärung der Krise in England.

London, 3. Mai. Die Minister vertließen Downing Street um 12.30 Uhr früh. Wie verlautet, ist kein Abkommen erzielt worden. Der Minister des Innern gibt bekannt, obwohl die Verhandlungen noch fortgesetzt würden, müßte sich das Land auf den Generalkongress für Montag Nacht vorbereiten. Es werden weitere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung ergriffen. Anwerbestellen für Jobs werden heute eröffnet werden.

London, 3. Mai. (1.35 Uhr früh.) Amlich wird gerade die Kohlenverhandlungen sind abgebrochen worden.

Die deutschen Bergarbeiter und der englische Kohlenstreik. Wie der „Vorwärts“ aus Bochum berichtet, hat der deutsche Bergarbeiterverband den Verband der Bergarbeiter Deutschlands telegraphisch von dem Zustand im englischen Kohlenbau benachrichtigt. Wie das Wort weiter schreibt, wird die Haltung des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands zu den englischen Streik bestimmt durch die selbständige Politik, die im Falle eines internationalen Dislokation zu Gunsten der Engländer englischen Bergarbeiter vorliege. Bis Sonntag Abend lag beim Deutschen Bergarbeiterverband noch kein Antrag in Frage kommenden Spitzenorganisationen über die Durchführung einer derartigen Hilfsaktion vor.

## Impfung 1926.

Mit der Vornahme der öffentlichen Impfung in den Bezirksgemeinden wird demnächst begonnen. Die Impfbezirke haben gegenüber dem Vorjahr keine Änderung erfahren. Die (Stadt-)Schulbehörden werden an die Einhaltung der maßgebenden Vorschriften (Bef. v. 8. April 1874 — R.G.B. S. 31 und Min. Verf. vom 25. Januar 1918 — Reg. Bl. S. 1) hiemit erinnert.

Neuenbürg, den 29. April 1926.

Oberamt:  
Amtmann Dr. Hedel.

### Gräfenhausen.

**Stammholzverkauf,**  
hauptsächlich Handwerksholz.

Aus dem Gemeindevald kommt am Freitag den 7. Mai 1926, vormittags von 9 Uhr an, im hiesigen Rathaus im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf:

22 Stück Eichen	mit 17,36 Jm.,
2 " Buchen	2,78 "
13 " Fichten und 2 Lärchen	3,28 "
1 Forche mit	2,04 "

Liebhaber sind eingeladen.  
Den 30. April 1926. Schultheiſeramt.

Pfingstweiler, 30. April 1926.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

**Christine Karher**

erfahren durften, sowie für den schönen Gesang des Frauenchors und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen wir innigen Dank.

Ludwig Karher mit Angehörigen.

Oberamtstadt Neuenbürg.

**Sigung d. Gemeinderats**  
am Dienstag, den 4. Mai,  
abends 8 Uhr.

Tagessordnung:  
1. Baufachen.  
2. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

## Heu.

Gut eingebrachtes Ackerheuen, etwa 50 Ar, ist zu verkaufen.

Zu erfragen in der „Engtälner“-Geschäftsstelle.

**Bleistiftmacher-Lehrling,**

**Polisseusen-behrmädchen**  
zu gründlicher Ausbildung gesucht.

Karl Wader,  
Pforzheim, Weiserstraße 14.

Neuenbürg.

**Glucke**  
mit Jungen (Zwerge) verkauft  
Chr. Mayer,  
Bäckerei.

Birkenfeld.  
**Dreiblättriger Klee**

zu kaufen gesucht.  
Dietlingerstr. 37.

Einen **Britischen-Wagen**

(Canapee), 30 Jtr. Tragkraft, einen

**Leiterwagen,**  
mittelschwer, ein

**Break**  
und einen

**Metzgerwagen**  
billig zu verkaufen

Ernst Frey, Schmiedmstr.,  
Pforzheim,  
Gymnasiumstr. 93, Telef. 1137.

## Flügel, Pianos und Harmoniums

allererster Firmen in reichhaltiger Auswahl empfiehlt

**A. Uebel, Pianohaus, Pforzheim,**

Tel. 1643. Westl. Karl-Friedr.-Str. 51. Tel. 1643.

Gebrauchte Instrumente werden in Tausch genommen. Günstige Zahlungsbedingungen.

Stimmungen. Reparaturen.

**Inserate heben den Umsatz!**

## PERFLOR ist besser

unbedingt besser als irgend ein Waschmittel, das Sie bisher benutzten.

Perflor ist das einzige milde, selbsttätige Waschmittel.

Perflor ist das einzige ohne Soda und Natriumchlorid, das schonend eine blendend weiße Wäsche, die Erhaltung auch empfindlicher Farben und zarter Stoffe verbürgt.

Es ist bequem und billig, es spart Einseifen, Büchsen, lästiges Reiben, zweites Kochen der großen Wäsche, einmaliges nur 1/4 stündiges Kochen genügt.

Perflor ist keine Seifenlosche wie andere, denn es bleicht und entfernt jeden Fleck, Perflor, Flammers D. A. P., die einzigen selbsttätigen Seifenloschen.

Patet 45 Pkt.

### Schwann.

Wegen Wegzug kommen nächsten Mittwoch den 5. Mai 1926, nachmittags 2 Uhr folgende Gegenstände gegen Barzahlung zum Verkauf:

2 Bettladen mit Roß und Matratzen, 1 Kinderbettlade, 1 Kleiderkasten, 1 Kl. Weißzeugkasten, 1 Tisch, 1 Piano, 1 Nähmaschine, Nachttisch, Blumenstände, Badwanne, Bücherständer, Spiegel, ein eich. Krantständer, Zimmerhandwerkzeug und sonst noch verschiedenes, alles wenig gebraucht. Zuschlag vorbehalten.

Maria Schwarz, Jägerweg

**Nervenleiden, Neuralgie, Ischias,**  
Gicht, Rheuma, Lähmungen werden in vielen Fällen geheilt durch den völlig schmerzlosen Stimmgel.-Wohlmuth-Apparat. Ueber Wohlmuth-Apparate allein in Deutschland zur bequemsten Selbstbehandlung im Familiengebrauch. Verlangen Sie Prospekte. Aerztlich empfohlen.

General-Vertretung, Behandlung, Verkauf, Vermietung: Wohlmuth-Institut Elisabeth Barfels, Pforzheim, Deilmühlweg 11. — Telefon 2357. —

